



Ihr:e Gesprächspartner:in:

Andreas Stangl

Mag.^a Bettina Csoka

Präsident der AK Oberösterreich

AK OÖ / Abteilung Wirtschafts-,
Sozial- und Gesellschaftspolitik

**Profitgetriebene Inflation sorgt für Kaufkraft-
verluste bei Arbeitnehmern: Starkes Lohn- und
Gehaltsplus wäre auch ökonomisch vernünftig!**

Pressekonferenz

Montag, 2. Oktober, 11 Uhr

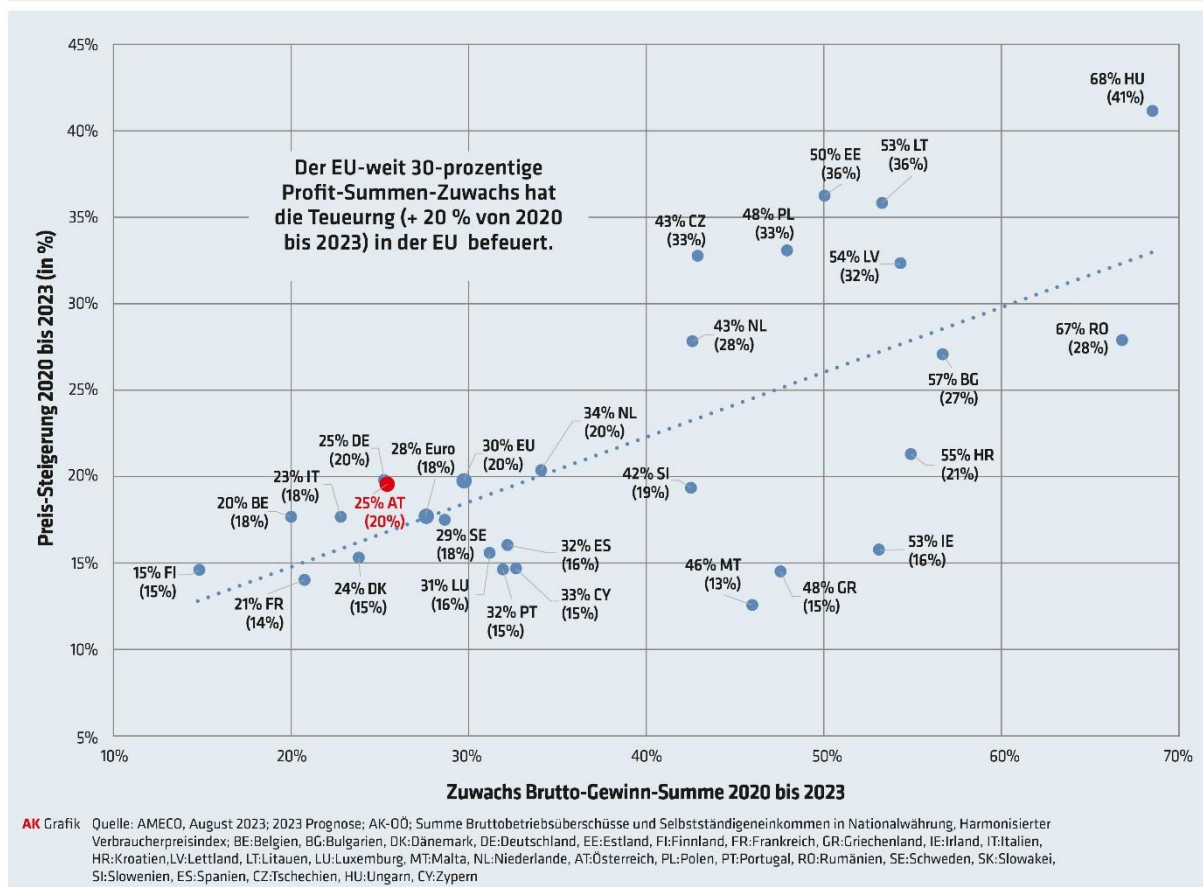
Arbeiterkammer Linz

Zwei Jahre Inflationshöchstwerte bescherten vielen Unternehmen in Österreich Höchstgewinne. Die Gesamtsumme im ersten Quartal 2023 beläuft sich auf unglaubliche 50 Milliarden Euro. Das ist um rund 27 Prozent mehr als noch im ersten Quartal 2020. Im Gegensatz dazu spüren die Arbeitnehmer:innen massive Kaufkraftverluste. Sie haben sich kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen verdient. Das stärkt auch die Inlands-Nachfrage.

Profitgetriebene Inflation in der ganzen EU

Seit Herbst 2021 rollt die Teuerungswelle. Viele Unternehmen konnten dabei ihre Gewinnmargen nicht nur aufrechterhalten, sondern sogar noch steigern, indem sie ihre Verkaufspreise über Rohstoff- und Energieteuerung hinaus erhöhten und somit die Inflation weiter antrieben. Zwischen Profit- und Inflationsplus besteht EU-weit ein Zusammenhang. Verglichen mit 2020 wird bis 2023 das Preisniveau EU-weit um rund ein Fünftel (19,8 %) ansteigen, angetrieben durch den 30-prozentigen Anstieg der Profitsumme.

EU 2020 BIS 2023: PROFIT-ANSTIEG BEFEUERT PREIS-ANSTIEG

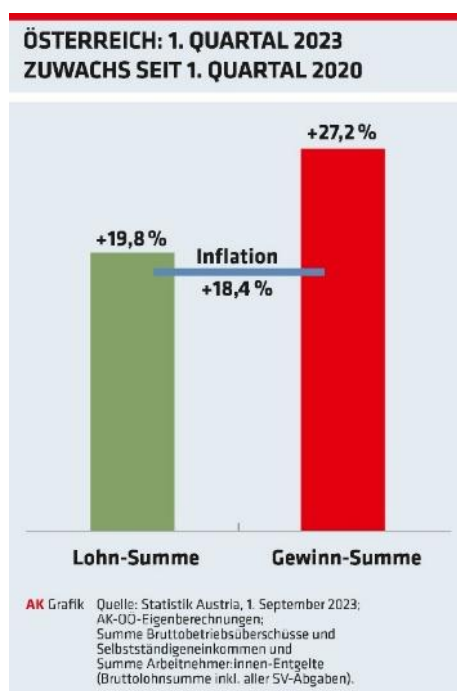


Österreich 2020 bis 2023: Quartalsgewinnsprung

Der teils exzessive Gewinnanstieg geht auf Kosten der Löhne und Gehälter, die sich in der EU inklusive aller lohnsummenbezogenen Sozialabgaben etwa im Gleichklang mit der Inflation

entwickelt haben (20,6 %). Im Dreijahres-Zeitraum bewegt sich Österreich bei der Inflation (19,5 %) im EU-Schnitt. Auch hierzulande wird das Gewinnsummen-Plus (25,4 %) den Zuwachs bei der Lohnsumme (22,8 %) von 2020 bis 2023 übersteigen. Der im EU-Vergleich geringere Abstand ist Ergebnis einer stabilitätsorientierteren Kollektivvertragspolitik.

Bezogen auf die Unternehmen der gesamten österreichischen Wirtschaft summierten sich die Bruttogewinne allein im ersten Quartal 2023 auf 50 Milliarden Euro, das ist um rund 27 Prozent mehr als noch im ersten Quartal 2020. Die Quartalslohnsumme (53,4 Milliarden Euro) ist nur mehr geringfügig höher! Ihr Wachstum war mit knapp 20 Prozent deutlich geringer.

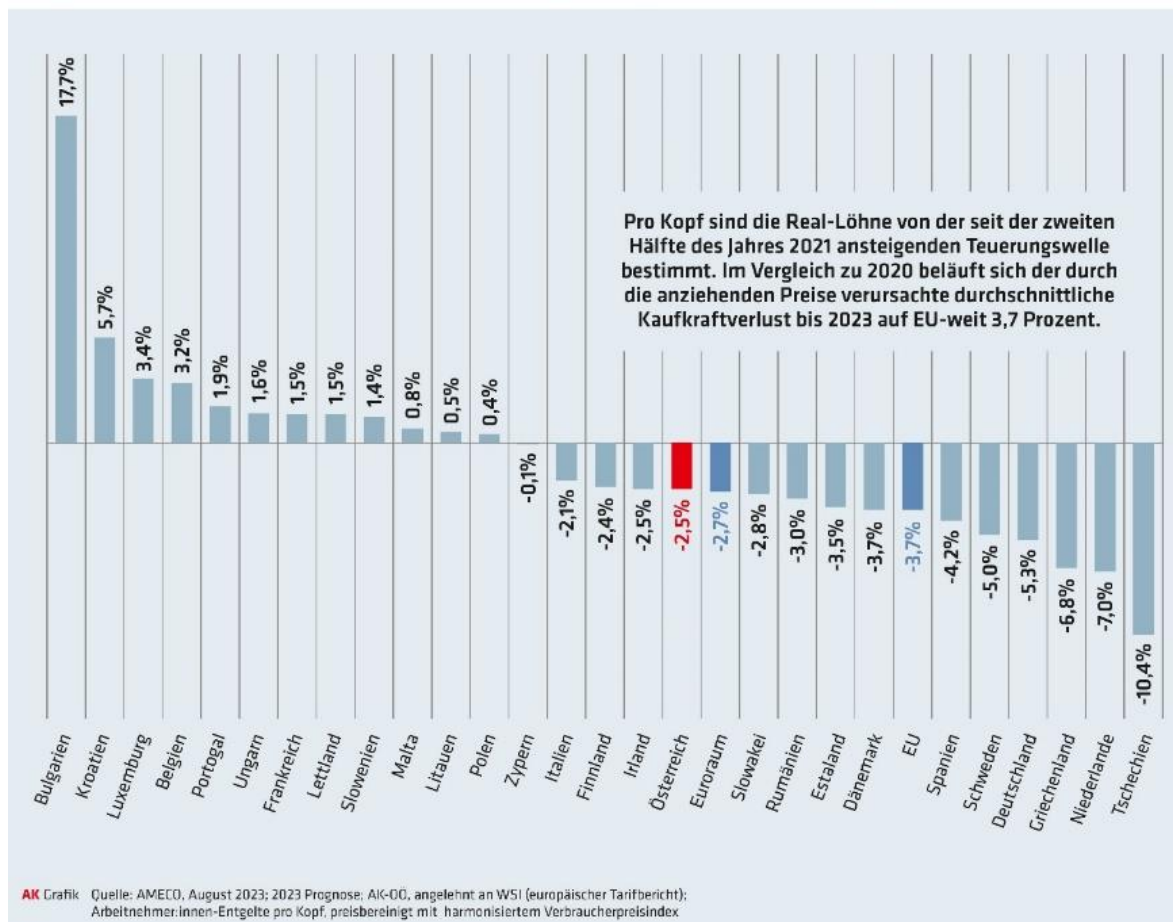


EU-weiter Kaufkraftverlust beträgt seit 2020 3,7 Prozent

Während Unternehmen und Aktionär:innen zu den Inflations-Profitur:innen zählen, wissen viele Arbeitnehmer:innen nicht, wie sie finanziell über die Runden kommen. 2023 werden die Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer:innen in der EU im Schnitt eine um 3,7 Prozent geringere Kaufkraft haben als noch 2020. In einzelnen Mitgliedsstaaten, wie dem Niedriglohnland Bulgarien, konnten Reallohnzuwächse gemacht werden.

In Österreich wird 2023 das durchschnittliche Minus 2,5 Prozent im Vergleich zu 2020 betragen. Die Einkommen sind seit zwei Jahren durch die profitgetriebene Teuerung beeinträchtigt. Die kollektivvertraglichen Lohn- und Gehaltsabschlüsse verlaufen im Tandem, zeitverzögert mit der zurückliegenden Durchschnittsinflation plus einem Anteil am Produktivitätszuwachs.

MEHRJÄHRIGE TEUERUNGSWELLE FRISST LOHNZUWACHS AUF SUMMIERTER DURCHSCHNITTLICHER REALLOHN-ZUWACHS BZW. RÜCKGANG 2020 BIS 2023

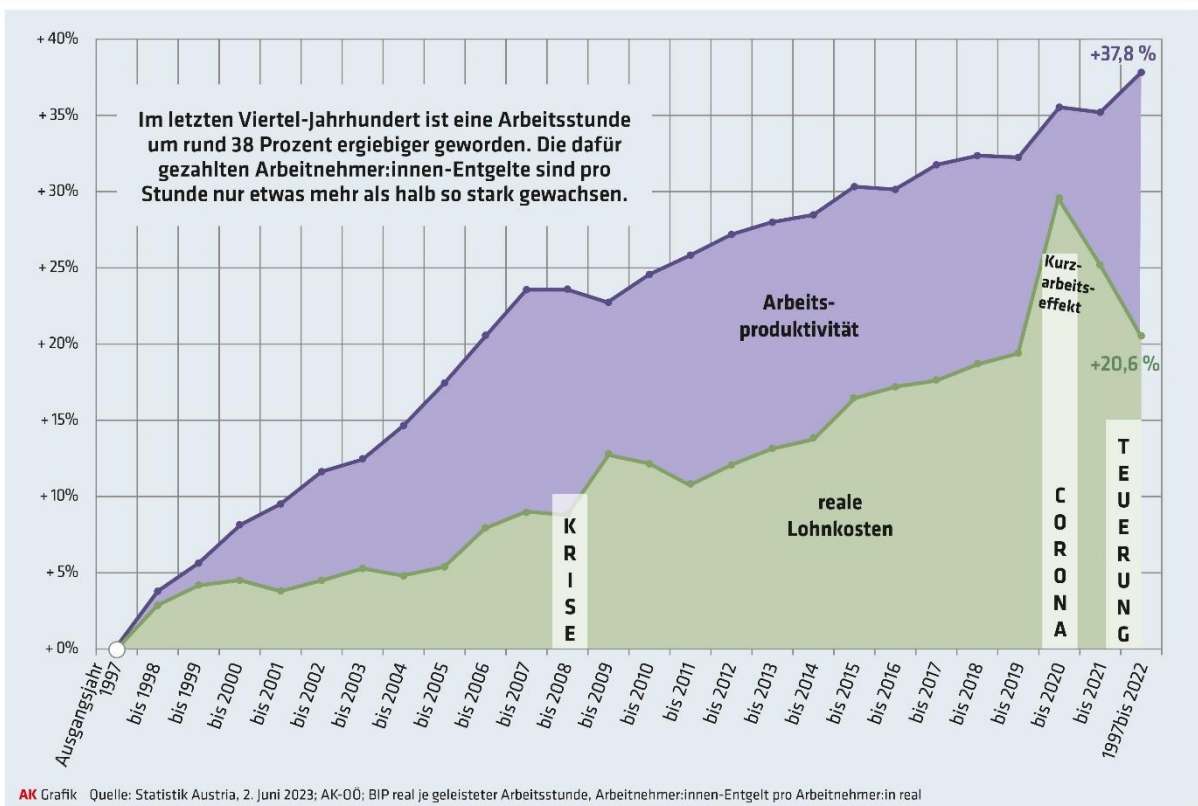


Österreich: Hälfte der Stundenproduktivität bleibt als Lohn

Basis für jeden Wohlstand ist das gemeinsam Erarbeitete. Die Verteilung des Wohlstandszuwachses wurde in den letzten Jahrzehnten unausgewogener. Denn im letzten Vierteljahrhundert (1997 bis 2022) ist eine Arbeitsstunde in Österreich zwar um rund 38 Prozent ergiebiger geworden. Die von den Unternehmen bezahlten Arbeitskosten (Bruttolöhne/-gehälter plus Sozialbeiträge) sind preisbereinigt, aber nur etwa ein Fünftel (20,6 %) höher. In den vergangenen 25 Jahren blieb somit fast die Hälfte des rund 38-prozentigen Produktivitätsanstiegs den Unternehmen (bzw. deren Eigentümer:innen).

Die vergangenen drei Jahre sind durch ökonomische Besonderheiten gekennzeichnet: 2020 konnte durch die, an die Unternehmen ausgezahlte, Kurzarbeitsbeihilfe der arbeitszeitbedingte Verlust des Monatseinkommens trotz Stundenreduktion begrenzt werden. Dadurch stieg, bezogen auf das geringe Stundenausmaß, der Lohn bzw. das Gehalt pro Stunde deutlich. Die durch die Teuerung geprägten Folgejahre brachten allerdings nach Abzug der Inflation reale Einkommensverluste.

REALLOHN UND PRODUKTIVITÄT PRO STUNDE ÖSTERREICH, ENTWICKLUNG 1997 BIS 2022



Die Einkommensverteilung ist ungleicher geworden

Durchschnitt: Die den Arbeitnehmer:innen zur Verfügung stehenden Monats- bzw. Jahres-Arbeitsentgelte unterscheiden sich je nach Branche, beruflichem Status und Beschäftigungsausmaß. Pro Kopf betrug das Brutto-Jahreseinkommen, vom teilzeitbeschäftigten Angestellten im Handel bis zur vollzeitbeschäftigten Beamtin im öffentlichen Dienst, im Durchschnitt 43.070 Euro. Das durchschnittliche Arbeitseinkommen ist in den vergangenen 20 Jahren nominell zwar höher geworden, nämlich um rund 46 Prozent. Angesichts der in diesem Zeitraum etwa gleich hohen Inflation von rund 45 Prozent ist ein Durchschnittsentgelt aus unselbständiger Arbeit real und brutto nur etwa gleich hoch bzw. niedrig wie vor 20 Jahren (+ 0,7 %)! Netto, nach Abzug von Steuern, ist die Kaufkraft um 1,4 Prozent gestiegen.

Dieses Durchschnittsergebnis ist Resultat vielfältiger Ursachen, insbesondere Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur. Schlechter bezahlte Jobs, etwa niedrig entlohnte Teilzeit, wurden insgesamt häufiger. Die Einkommensverteilung ist ungleicher geworden.

In der Mitte: Wer 2001 ein mittleres (Median-) Einkommen hatte („Median“: je die Hälfte der Beschäftigten verdient mehr bzw. weniger als diesen Wert), konnte sich 2021 nur weniger als fünf Prozent mehr leisten als 20 Jahre davor.

Niedrige Einkommen: Das am schlechtesten verdienende Einkommensviertel hatte brutto 2021 real sogar um ein Prozent weniger als die Vergleichsgruppe 2001 (netto plus 1,6 %)!

Höhere Einkommen: Das Einkommensviertel mit den höchsten Lohn- bzw. Gehaltseinkommen verdient netto um knapp sechs Prozent mehr als jenes 20 Jahre zuvor. Weder Spitzengehälter, die weit überdurchschnittlich gestiegen sind, noch auch Managergagen, Gewinnausschüttungen etc. sind in dieser Statistik enthalten.

Oberösterreich/erstes Halbjahr 2023: mittleres Monatsentgelt 2.880 Euro

Im ersten Halbjahr 2023 bezogen nur 6,2 Prozent der etwa 638.000 oberösterreichischen Arbeitnehmer:innen (Arbeiter:innen und Angestellte) ein Monatsbruttoeinkommen über der Höchstbeitragsgrundlage von 5.850 Euro. Das mittlere (Median-)Einkommen in Oberösterreich betrug im ersten Halbjahr 2023 rund 2.880 Euro brutto. Männer verdienen im Median rund 3.350 Euro, Frauen mit rund 2.200 Euro um ein Drittel (34 %) weniger.

MONATLICHE BRUTTOEINKOMMEN 2023 (1. HALBJAHR) IN OBERÖSTERREICH

Jahres-14tel	ein Viertel aller Beschäftigten ("1. Quartil")	die Hälfte aller Beschäftigten ("Median")	drei Viertel aller Beschäftigten ("3. Quartil")
	verdient weniger als ... €	verdient weniger als ... €	verdienen weniger als ... €
Gesamt	2.056	2.883	3.950
Frauen	1.542	2.203	3.032
Männer	2.631	3.354	4.551
Arbeiter:innen	2.002	2.687	3.350
Frauen	1.308	1.832	2.391
Männer	2.442	2.952	3.606
Angestellte	2.114	3.201	4.671
Frauen	1.685	2.440	3.361
Männer	3.248	4.419	5.744

AK Grafik Quelle: ÖCK OÖ Beitragsgrundlagenstatistik; nach Betriebsstandort; inkl. Teilzeitbeschäftigte über der Geringfügigkeitsgrenze, ohne Beamt:innen und Lehrlinge. Die Beträge sind ohne Sonderzahlungen, d.h. auf 1/14 des Jahreseinkommens ausgewiesen; vorläufige Daten

Oberösterreich 2023: Inflation frisst Kaufkraft

Das oberösterreichische Median-Einkommen in Höhe von brutto 2.883 Euro im ersten Halbjahr 2023 ist dank 2022 kollektivvertraglichen Lohn- und Gehaltssteigerungen um sieben Prozent höher als im Vorjahr. Aufgrund der aktuell anhaltend hohen Teuerungswelle sind das unterm Strich aber real um rund zwei Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2022. Dieses Minus kommt zu den vorherigen Entwicklungen dazu. Im Vergleich des Gesamtjahres 2022 bzw. 2020, hat sich der Kaufkraftverlust im Median auf rund fünf Prozent summiert. Besonders hoch war das kumulierte Minus bei Männern (mehr als 5 %) und bei höheren Einkommen.

Arbeitnehmer:innen haben sich Abgeltung der Inflation und Wohlstandsteilhabe verdient!

Der Befund nach zwei Jahren ist klar: Es braucht echte, wirksame, preisdämpfende Antiteuerungsmaßnahmen. Was bisher unternommen wurde, verheißt kein Ende der Preistreiberei. Und es gibt einen Nachholbedarf bei den Löhnen wegen der anhaltend hohen Inflation.

Der Ausweg aus der Inflationsdynamik liegt in der längst überfälligen Normalisierung der zuletzt massiv erhöhten Gewinnmargen. Sie dienen den Unternehmen auch als Puffer, um künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen zu tragen. Alle Arbeitnehmer:innen haben ein Recht auf die Abgeltung der anhaltend hohen Inflation und auf einen gerechten Anteil an den in den Betrieben gemachten Gewinnen.

Eine sozial gerechte und wirtschaftlich vernünftige Kollektivvertragspolitik ist notwendig. Sie kann Kaufkraftverluste der Beschäftigten vermeiden und durch angemessene Entgeltsteigerungen die Inlands-Nachfrage aufrechterhalten. Das ist ein Beitrag zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Unsere Forderungen

- **Produktivitätsorientiertes, kaufkraftsicherndes Lohn- und Gehaltsplus**

- **Echter Stopp der Preistreiberei**
 - Mietpreis-Bremse (Kaltmieten dürfen nur einmal pro Jahr um maximal zwei Prozent erhöht werden)
 - Energiepreis-Deckel (Preisobergrenzen für Stromversorgung und Heizen auf Basis der Großhandelspreise und unter Berücksichtigung der bereits erzielten Übergewinne)

- Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel mit Kontrollen durch eine Preiskommission und Sanktionsmöglichkeiten bei Nicht-Weitergabe an die Konsument:innen

- **Gerechte Steuerbeiträge der Unternehmen**
 - deutliche Ausweitung der Übergewinnsteuer (Erfassung gesamte Übergewinne 2022, 2023, 2024 und ein höheres effektives Besteuerungsniveau)
 - Zurücknahme der jüngsten allgemeinen Gewinnsteuer-Senkung (Körperschaftssteuer sinkt 2023 von bisher 25 auf 24 Prozent und 2024 von 24 auf 23 Prozent)